



**Geschäftsführung  
Ausschuss Schule und Weiterbildung**

Herr Klais

Telefon: (0221) 221-29366

Fax: (0221)

E-Mail: bruno.klais@stadt-koeln.de

Datum: 10.04.2018

**Niederschrift**

über die **Sitzung des Ausschusses Schule und Weiterbildung** in der Wahlperiode 2014/2020 am Montag, dem 05.03.2018, 15:00 Uhr bis 17:25 Uhr, Rathaus Spanischer Bau, Ratssaal

**Anwesend waren:**

**Stimmberechtigte Mitglieder**

Herr Dr. Nils Helge Schlieben	CDU
Herr Franz Philippi	SPD
Frau Birgitta Nesseler-Komp	CDU
Frau Inge Halberstadt-Kausch	SPD
Frau Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes	SPD
Frau Anneliese Hauser	CDU
Frau Ulrike Kessing	GRÜNE
Herr Horst Thelen	GRÜNE
Herr Gerhard Brust	GRÜNE
Herr Heiner Kockerbeck	DIE LINKE
Frau Stefanie Ruffen	FDP

**Stellvertretende stimmberechtigte Mitglieder**

Frau Monika Möller	SPD
Frau Monika Roß-Belkner	CDU

**Beratende Mitglieder**

Frau Lisa Hanna Gerlach	BUNT
Frau Hildegard Fuhrmann	auf Vorschlag der SPD
Frau Dr. Cornelia Herbers-Rauhut	auf Vorschlag der CDU
Frau Angelika Riedel	auf Vorschlag der CDU
Herr Thomas Glowacki	auf Vorschlag der Grünen
Herr Gerson Wirth	auf Vorschlag der Grünen
Herr Oswald Pannes	auf Vorschlag Die Linke
Herr Alexander Kau	auf Vorschlag der AfD

Frau Maria Katharina Westphal	auf Vorschlag der FDP
Frau Stefanie Esser	Katholische Kirche
Herr Reinhold Goss	Stadtschulpflegschaft

### **Stellvertretende beratende Mitglieder**

Frau Stephanie Stangier	auf Vorschlag der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik
-------------------------	---

### **Verwaltung**

Frau Beigeordnete Dr. Agnes Klein

### **Presse**

### **Zuschauer**

### **Entschuldigt fehlen:**

### **Stimmberechtigte Mitglieder**

Herr Bürgermeister Dr. Ralf Heinen	SPD
Herr Dr. Walter Gutzeit	CDU

### **Beratende Mitglieder**

Herr Bodo Busch	auf Vorschlag der StadtAG LST
Frau Ebru Coban	auf Vorschlag des Integrationsrat
Frau Annette Kellinghaus-Klingberg	auf Vorschlag der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik
Frau Dagmar Naegele	auf Vorschlag der SPD
Herr Martin Roth	auf Vorschlag der SPD
Herr Dr. Klaus Zimmermann	auf Vorschlag der CDU
Frau Bärbel Hölzing	auf Vorschlag der Grünen
Herr Dr. Felix Schotland	Synagogen-Gemeinde Köln
Frau Utta Brauweiler-Fuhr	Evangelische Kirche
Frau Beate Grashof	Evangelische Kirche
Frau Sarah Niknamtavin	BezirksschülerInnenvertretung Köln

### **Stellvertretende beratende Mitglieder**

Herr Michael Bold	Katholische Kirche
Herr Luis May	BezirksschülerInnenvertretung Köln
Frau Manuela Laukat	Stadtschulpflegschaft

Zu Beginn der Sitzung begrüßt Herr Dr. Schlieben die Schülerinnen und Schüler der Europaschule als Gäste im Schulausschuss, die bereits an der Sitzung des Jugendhilfeausschusses anwesend waren und hier teilnehmen sollen. Einer der beim Tag der Jugend im Rathaus besprochenen Punkte steht heute auf der Tagesordnung des Schulausschusses und soll hier gemeinsam beraten werden. Er erläutert den Schülerinnen und Schülern den Ablauf des Beratungsgangs.

Der Ausschuss erklärt sich damit einverstanden und auch damit, dass für die BezirksschülerInnenvertretung zwei Schüler als Vertreter an der Ausschusssitzung teilnehmen können.

Die Verwaltung teilt mit, dass die aktuelle Ausgabe der **Schulpost** ausgelegt wurde.

### **Zur Tagesordnung**

Die Tagesordnung wurde wie folgt **ergänzt**:

- die Stellungnahme der Verwaltung 0613/2018 zum Antrag unter TOP 2.1
- die Anträge zu den TOPs 2.3, 2.4, 2.5 und 2. 6 (die letzten 3 als Dringlichkeitsanträge nach § 12 GeschO)
- die Beantwortungen zu Früheren Anfragen unter TOP **3.1.3**, sowie unter TOP **3.1.4**
- die neue Anfrage unter TOP 3.2.3
- die Beschlussvorlagen unter TOP **4.5 bis 4.8** sowie
- die Mitteilungen unter TOP **5.5 bis TOP 5.7**

Die CDU-Fraktion macht Beratungsbedarf zu dem Tagesordnungspunkt 2.6 geltend. Darüber soll heute gesprochen, aber keine Entscheidung getroffen werden.

Die so geänderte Tagesordnung wird einstimmig angenommen.

HINWEIS:

Die Mitteilung zu TOP 9.1 musste ersatzlos von der Tagesordnung genommen werden.

## Tagesordnung

### I. Öffentlicher Teil

#### 1 Allgemeines

- 1.1 Verpflichtung sachkundiger Bürger oder Einwohner/innen
- 1.2 Gleichstellungsrelevante Themen
- 1.3 Regelmäßige Berichterstattung aus dem Aktionsbündnis Schulbau, TOP 1.3 0631/2018

#### 2 Anträge gemäß § 3 und 5 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

- 2.1 Attraktive Spiel- und Bewegungsangebote auf Schulhöfen, insbesondere Europaschule  
AN/0233/2018  
  
Attraktive Spiel- und Bewegungsmöglichkeiten auf Schulhöfen, insbesondere Europaschule  
0613/2018
- 2.2 Konzeptionelle Planung zum Aufbau von Schulcontainern  
AN/0237/2018
- 2.3 Sportentwicklungsplanung – Schulhöfe als Bewegungsräume gestalten  
AN/0220/2018  
  
Änderungsantrag zu TOP 2.3 – Schulhöfe als Bewegungsräume gestalten  
AN/0368/2018
- 2.4 Ausstattung von Schulneubauten  
AN/0300/2018
- 2.5 Einrichtung einer Kölner Gesamtschule am Standort Elsa- Brändström- Realschule in Köln- Sülz  
AN/0348/2018
- 2.6 Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion, der Fraktion Die Linke. und der Ratsgruppe BUNT betreffend "Gesamtschule am Standort Schmiedegasse realisieren"  
AN/0360/2018

### **3 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen**

#### 3.1 Frühere Anfragen

3.1.1 Errichtung einer vierzügigen Gesamtschule auf dem Gelände der Elsa-Brändström-Realschule in Lindenthal  
0244/2018

3.1.2 Sanierung und Qualitätsanalyse an Kölner Schulen  
AN/1725/2017

Sanierung und Qualitätsanalyse an Kölner Schulen - Beantwortung einer Anfrage der Gruppe BUNT (AN/1725/2017) vom 22.11.2017 zur Sitzung am 27.11.2017  
0315/2018

3.1.3 Impfschutz in Köln  
AN/0080/2018

Beantwortung einer Anfrage der Ratsgruppe BUNT gem. § 4 der Geschäftsordnung des Rates zum Impfschutz in Köln  
0405/2018

3.1.4 Kernsanierung der Heinrich-Böll-Gesamtschule  
AN/0075/2018

Kernsanierung der Heinrich-Böll-Gesamtschule Merianstraße 11 - zu  
AN/0075/2018  
0653/2018

#### 3.2 Neue Anfragen

3.2.1 Ganztagsangebot  
AN/0254/2018

3.2.2 Anmeldezahlen Grundschulen  
AN/0257/2018

3.2.3 Digitale Bildung braucht Bandbreite und WLAN - Sachstand 2018  
AN/0305/2018

### **4 Vorlagen der Verwaltung**

4.1 Generalinstandsetzung BK 14 Berufskolleg Perlengraben 101. 50676 Köln, Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen des Teilfinanzplans 0301 bei Finanzstelle 4016-0301-1-5003  
0178/2018

- 4.2 Errichtung eines Bildungsgangs Kaufmann / Kauffrau für E-Commerce am Erich-Gutenberg-Berufskolleg (BK 7)  
0487/2018
- 4.3 Errichtung eines Bildungsgangs Zweijährige Berufsfachschule / FHR Anlage C / Gesundheit und Soziales am Berufskolleg Ehrenfeld (BK20)  
0152/2018
- 4.4 Planungsaufnahme zur Errichtung eines Erweiterungsbaus für die Michael-Ende-Schule, KGS Platenstr. 7-9, 50825 Köln-Ehrenfeld  
2371/2017
- 4.5 Zügigkeitserhöhung für den Bildungsgang "Verwaltungsfachangestellte/r Kommunalverwaltung" am Berufskolleg an der Lindenstraße (BK 3)  
0498/2018
- 4.6 Erweiterungsbau Albertus-Magnus-Gymnasium, Ottostraße 87, 50823 Köln; Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen des Teilfinanzplanes 0301, Schulträgeraufgaben, in Teilplanzeile 9, Auszahlung für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen bei Finanzstelle 4013-0301-4-3086  
0157/2018
- 4.7 Realschule Gravenreuthstr. 10, 50823 Köln, Einrichtung des Ganztageserweiterungsbaus; Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen des Teilfinanzplans 0301 bei Finanzstelle 4012-0301-4-3005  
0200/2018
- 4.8 Weiterfinanzierung der Rucksackgruppen aus dem Programm "Mülheim 2020"  
0485/2018

## **5 Mitteilungen**

- 5.1 Sachstand zur Inventarisierung an Schulen  
0222/2018
- 5.2 Erweiterung des Toilettensanierungsprogramms für Schulen - Beschluss des Betriebsausschusses Gebäudewirtschaft vom 29.01.2018  
0366/2018
- 5.3 Ehrenamtspreis "KölnEngagiert 2018"  
0235/2018
- 5.4 Handlungskonzept zur Kölner Behindertenpolitik, 2. Folgebericht  
Controlling der Umsetzung der Einzelmaßnahmen  
0224/2018
- 5.5 Sachstandsbericht zur Umsetzung des Landesförderprogramms "Gute Schule 2020" für das Jahr 2017  
0423/2018

5.6 Reinigung in Schulen verbessern  
0560/2018

5.7 Anmeldeverfahren für Gesamtschulen abgeschlossen.  
0657/2018

**6 Anfragen**

**7 Verschiedenes**

## **I. Öffentlicher Teil**

### **1 Allgemeines**

#### **1.1 Verpflichtung sachkundiger Bürger oder Einwohner/innen**

Herr Dr. Schlieben begrüßt Herrn Thomas Glowacki als neues Mitglied im Ausschuss für Schule und Weiterbildung. Herr Glowacki ist neuer sachkundiger Einwohner auf Vorschlag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Anschließend verpflichtet der Ausschussvorsitzende ihn gemäß § 58 Abs. 4 der GO.

#### **1.2 Gleichstellungsrelevante Themen**

#### **1.3 Regelmäßige Berichterstattung aus dem Aktionsbündnis Schulbau, TOP 1.3 0631/2018**

Herr Thelen, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, bittet zu Anlage2 Anlage 2 um Auskunft, warum für die GGS Sürther Hauptstraße ein neuer Ratsbeschluss erforderlich wird und äußert seine Hoffnung, dass hinsichtlich des Neubaus der Schule auf dem Heliosgelände die Abstimmung baldmöglichst abgeschlossen sein wird.

Herr Gerhards, Gebäudewirtschaft, erklärt, dass er zu der Frage nach dem Grundstück Sürther Hauptstraße im nicht-öffentlichen Teil Stellung nehmen wird.

Frau Nessler-Komp, CDU-Fraktion, bittet um Auskunft, wann mit der Ratsvorlage zu rechnen ist. Auf ihre Frage nach der notwendigen Baumfällung bei der Willy-Brandt-Gesamtschule antwortet Herr Gerhards, dass die Fällarbeiten bereits abgeschlossen sind.

### **2 Anträge gemäß § 3 und 5 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen**

#### **2.1 Attraktive Spiel- und Bewegungsangebote auf Schulhöfen, insbesondere Europaschule AN/0233/2018**

Herr Dr. Schlieben stellt fest, dass die Verwaltung zu diesem Antrag bereits eine Stellungnahme abgegeben hat. Dieser Antrag ist beim Tag der Jugend im Rathaus erarbeitet worden. Er bittet die Antragsteller, ihren Antrag zu begründen.

Eine Schülerin der Europaschule stellt die Forderungen der Schülerinnen und Schüler vor und erläutert die Hintergründe, die dazu geführt haben.

Herr Dr. Schlieben stellt fest, dass die Fraktionen diesem Antrag beigetreten sind.

Herr Kockerbeck, Fraktion Die Linke, hebt hervor, dass die Schülerinnen und Schüler nicht nur an ihre eigene, sondern auch an weitere Schulen gedacht haben. Er stellt sich vor, dazu von der Verwaltung in einem Jahr einen Bericht zu hören.



Herr Thelen, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen lobt die Verwaltung, weil bereits entsprechende Gespräche geführt wurden. Zudem sind schon bei rund 50 Schulen Verbesserungen eingeleitet worden.

Herr Goss, Stadtschulpflegschaft, unterstützt den Antrag seinerseits, fragt aber ob nach der neuen Zuständigkeitsordnung diese Veränderung der Schulhöfe jetzt in die Zuständigkeit der Bezirksvertretungen fällt.

Herr Philippi, SPD-Fraktion, erinnert an die Gespräche, die seine Fraktion bereits zum Ende des letzten Jahres mit den Schülerinnen und Schülern geführt hat; auf dieser Basis stimmt die SPD-Fraktion dem Antrag gerne zu.

Herr Kockerbeck erneuert die Bitte an die Verwaltung, zu gegebener Zeit, bis ca. in einem Jahr zu den umgesetzten Maßnahmen dem Ausschuss einen Bericht zu geben. Auf Vorschlag von Frau Kessing, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, übernimmt der Ausschuss diesen Wunsch und bittet gleichzeitig, den Antragstellern ebenfalls entsprechende Informationen zum Sachstand zukommen zu lassen.

### **Beschluss:**

Die Verwaltung wird aufgefordert,

- kurzfristig für die Zeit bis zur Generalsanierung der Europaschule dort attraktive Spiel- und Bewegungsangebote zu schaffen,
- dafür zu sorgen, dass bei Regen eine Überflutung des Pausengeländes umgehend verhindert wird,
- auf Schulhöfen anderer Schulen, die in einem entsprechend schlechten Zustand sind, die Möglichkeiten für Spiel und Erholung zu verbessern.

### **Abstimmungsergebnis:**

einstimmig zugestimmt.

### **Attraktive Spiel- und Bewegungsmöglichkeiten auf Schulhöfen, insbesondere Europaschule 0613/2018**

Die Stellungnahme der Verwaltung wird zur Kenntnis genommen.

## **2.2 Konzeptionelle Planung zum Aufbau von Schulcontainern AN/0237/2018**

Frau Nessler-Komp, CDU-Fraktion, erläutert zu dem gemeinsamen Antrag der 3 Fraktionen, dass diese ein Problem darin sehen, dass die Aufstellung von Schulcontainern dringend benötigt wird, ihre Umsetzung aber oftmals nur verzögert realisiert werden kann. Die antragstellenden Fraktionen halten es für wichtig, dass deswegen für einen Dreijahreszeitraum bedarfsgerecht vorgeplant wird.

Herr Philippi, SPD-Fraktion, erklärt für seine Fraktion, dass man diesem Ansinnen ebenfalls zustimmen möchte. Er erinnert daran, dass die SPD-Fraktion vor einiger Zeit einen ähnlichen Vorstoß eingebracht hatte. Allerdings stellt er fest, dass es für die SPD perspektivisch vorrangig ist, dass Schulen auch tatsächlich gebaut werden und nicht Containerstandorte.

Frau Ruffen, sachkundige Bürgerin (FDP), erwartet, dass die Verwaltung von selbst rechtzeitig erkennt, wann solche Container erforderlich sind. Sie nimmt auf die Aussage der Verwaltung vom Januar Bezug, wonach grundsätzlich nur noch geringfügige Schulhofflächen für solche Containeraufstellungen frei sind. Auch sie hofft, dass primär Schulen rechtzeitig bereitgestellt werden können. Aus den genannten Gründen möchte sie dem Antrag nicht zustimmen, sondern sich enthalten.

Herr Kockerbeck, Fraktion Die Linke, erklärt, dass seine Fraktion dieser Notmaßnahme zustimme. Notmaßnahmen die er nicht unterstützt, sind solche, die langfristig Fakten schaffen. Deswegen habe sich Die Linke beim großen Vergabepaket und bei ÖPP enthalten. Man sehe darin einen Schritt in Richtung Verschlinkung der Verwaltung, wenn dahinter kein Gesamtkonzept steht. Ein solches Gesamtkonzept, das beschreibt, welche Rolle die Gebäudewirtschaft spielen soll, stehe immer noch aus.

Frau Scho-Antwerpes, SPD-Fraktion, betont wiederum, dass die Stadt eine leistungsstarke Gebäudewirtschaft brauche und dass Personal dazukommen muss. Die SPD-Fraktion stimmt dem Antrag zu. Sie erinnert daran, dass sich der neue Baudezernent bei diesem Thema stark engagieren und der Schulbau das oberste Thema werden muss. Herr Dr. Schlieben ergänzt dazu, dass er genau dies dem neuen Beigeordneten schon ans Herz gelegt habe. Er stellt heraus, man müsse nun nach vorne schauen, damit Schulen auch so gebaut werden, wie Köln sie braucht.

Herr Thelen, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen bittet um Auskunft, wie sich der Stand der Neueinstellungen bei der Gebäudewirtschaft darstellt.

Herr Gerhards, Gebäudewirtschaft, erläutert dazu, dass in den letzten 8 Monaten 20 neue Mitarbeiter für die Projektleitung dazugewonnen werden konnten; vorher gab es dort 38 Beschäftigte. Er erklärt, dass die neuen Leute vorrangig zur Stärkung bereits vorhandener Projekte eingesetzt werden. Damit stehen noch nicht genug Kräfte zur Verfügung, um zusätzliche Projekte anfangen zu können.

### **Beschluss:**

Das Amt für Schulentwicklung (40) wird beauftragt, in Zusammenarbeit mit der integrierten Jugendhilfe- und Schulentwicklungsplanung (IV/2), eine bedarfsgerechte und zukunftsorientierte Planung für die Aufstellung von Schulcontainern für einen 3-Jahreszeitraum (Schuljahre 2019/2020 bis einschließlich 2022/2023) durchzuführen, um einen ausreichenden Beschaffungszeitraum und eine termingerechte Inbetriebnahme zum jeweiligen Schuljahresbeginn durch die Gebäudewirtschaft (26) sicherzustellen. Die Planung ist - soweit Bedarf besteht - in den Folgejahren kontinuierlich vorzuschreiben.

Der Betriebsausschuss Gebäudewirtschaft ist über die Beschlussfassung nachrichtlich zu informieren. Die weitere Berichterstattung über die Planung soll sowohl im Ausschuss Schule als auch im Betriebsausschuss Gebäudewirtschaft erfolgen.

### **Abstimmungsergebnis:**

einstimmig zugestimmt bei Enthaltung der FDP-Fraktion.

## **2.3 Sportentwicklungsplanung – Schulhöfe als Bewegungsräume gestalten AN/0220/2018**

**Änderungsantrag zu TOP 2.3 – Schulhöfe als Bewegungsräume gestalten**  
**AN/0368/2018**

Herr Dr. Schlieben erläutert, dass die SPD-Fraktion diesen Antrag bereits Ende Januar in den Sportausschuss eingebracht hatte; dort ist er in den Schulausschuss verwiesen worden. Leider ist der Antrag sehr kurzfristig für die Tagesordnung des Schulausschusses bereitgestellt worden, sodass die Fraktionen sich damit bislang noch nicht richtig beschäftigen konnten. Dazu gibt es einen Änderungsantrag als Tischvorlage.

Herr Philippi, SPD-Fraktion, erklärt, dass der Antrag wegen einer beabsichtigten Änderung im Sportausschuss zurückgestellt worden ist. Der Antrag sei im Zusammenhang mit der Sportentwicklungsplanung zu sehen. Für die SPD-Fraktion sind insbesondere die Punkte 2 und 4 wichtig und es ist vorgesehen, mit einem Pilotprojekt bei mindestens 3 Schulhöfen anzufangen. Zum Änderungsantrag der CDU-Fraktion sowie der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen erläutert er, dass die SPD den Punkt 1 übernehmen kann. Bei Punkt 2 ist der SPD die Beteiligung der Vereine sehr wichtig und bei Punkt 4 die Einbindung des Herrn Prof. Kähler, weil dieser die Sportentwicklungsplanung für die Stadt Köln betreibt. Aus diesem Grund kann die SPD-Fraktion die Punkte 2 und 4 des Änderungsantrages nicht mittragen.

Herr Thelen, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, begrüßt die Einbringung des Antrages im Sportausschuss. Zu Punkt 4 erläutert er die Auffassung seiner Fraktion, wonach die Verwaltung kompetent genug ist, solche Pilotprojekte durchzuführen und nur im Bedarfsfalle Herrn Prof. Kähler hinzuziehen soll.

Frau Nesseler-Komp, CDU-Fraktion, erläutert, dass sie bei Punkt 2 das Wort „gegebenenfalls“ anstelle von „auch“ zielführender findet.

Frau Halberstadt-Kausch, SPD-Fraktion, zeigt sich verwundert, dass wegen der recht geringfügigen redaktionellen Änderungen ein Änderungsantrag gestellt wurde.

Herr Dr. Schlieben lässt anstelle des ursprünglichen

**Beschlussvorschlags:**

1. Der Sportausschuss beauftragt die Verwaltung, im Rahmen eines Pilotprojekts die Schaffung von Bewegungsräumen und / oder -angeboten auf mindestens drei Schulhöfen zu erproben.
  2. Hierbei sollen die Schulen und auch die in den Schulturnhallen trainierende Vereine beteiligt und die Nutzung und der Betrieb der Bewegungsräume geregelt werden.
  3. Die Ergebnisse des Pilotversuchs sollen den Ausschüssen Sport sowie Schule und Weiterbildung zur weiteren Beratung vorgelegt werden.
  4. Da die Mehrfachnutzung öffentlicher Freiräume für Sport und Bewegung auch im Rahmen der Sportentwicklungsplanung eine Rolle spielt, soll das Team um Herrn Prof. Kähler in die Umsetzung von der Verwaltung einbezogen werden.
- zunächst getrennt über die einzelnen Punkte des gemeinsamen Änderungsantrages der CDU-Fraktion sowie der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen abstimmen:

**Geänderter Beschlussvorschlag:**

1. **Die Verwaltung wird beauftragt**, im Rahmen eines Pilotprojekts die Schaffung von Bewegungsräumen und / oder -angeboten auf mindestens drei Schulhöfen zu erproben.

**Abstimmungsergebnis:**

einstimmig zugestimmt.

2. Hierbei sollen die Schulen und **gegebenenfalls** die in den Schulturnhallen trainierende Vereine beteiligt und die Nutzung und der Betrieb der Bewegungsräume geregelt werden.

**Abstimmungsergebnis:**

mehrheitlich zugestimmt gegen die SPD-Fraktion und die Fraktion Die Linke.

3. Die Ergebnisse des Pilotversuchs sollen den Ausschüssen Sport sowie Schule und Weiterbildung zur weiteren Beratung vorgelegt werden.

**Abstimmungsergebnis:**

einstimmig zugestimmt.

4. **Der Beschluss soll bei der Sportentwicklungsplanung mit berücksichtigt werden.**

**Abstimmungsergebnis:**

mehrheitlich zugestimmt gegen die SPD-Fraktion und die Fraktion Die Linke.

5. **Die dynamische Entwicklung der Schülerzahlen und die damit verbundene Raumnot erfordert Bau- und Infrastrukturmaßnahmen, um die notwendigen Platzbedarfe zur Beschulung zu schaffen. Dieser Flächenbedarf muss bei der verfügbaren Schulhoffläche vor der Errichtung von Bewegungsräumen berücksichtigt werden.**

**Abstimmungsergebnis:**

einstimmig zugestimmt.

Danach lässt der Ausschussvorsitzende über den so geänderten Antrag insgesamt abstimmen:

1. Die Verwaltung wird beauftragt, im Rahmen eines Pilotprojekts die Schaffung von Bewegungsräumen und / oder -angeboten auf mindestens drei Schulhöfen zu erproben.
2. Hierbei sollen die Schulen und gegebenenfalls die in den Schulturnhallen trainierende Vereine beteiligt und die Nutzung und der Betrieb der Bewegungsräume geregelt werden.
3. Die Ergebnisse des Pilotversuchs sollen den Ausschüssen Sport sowie Schule und Weiterbildung zur weiteren Beratung vorgelegt werden.
4. Der Beschluss soll bei der Sportentwicklungsplanung mit berücksichtigt werden.
5. Die dynamische Entwicklung der Schülerzahlen und die damit verbundene Raumnot erfordert Bau- und Infrastrukturmaßnahmen, um die notwendigen Platzbedarfe zur Beschulung zu schaffen. Dieser Flächenbedarf muss bei der

verfügbaren Schulhoffläche vor der Errichtung von Bewegungsräumen berücksichtigt werden.

**Abstimmungsergebnis:**

einstimmig zugestimmt.

**2.4 Ausstattung von Schulneubauten  
AN/0300/2018**

Es liegt ein gemeinsamer Dringlichkeitsantrag vor, den Frau Ruffen, sachkundige Bürgerin (FDP), begründet. Eigentlich sieht sie das beantragte Vorgehen als eine Selbstverständlichkeit an; jedoch dauere es bis zur Fertigstellung der Bauten zu lange. Das bedeutet, dass die Planung teilweise schon überholt ist, wenn der Bau der Fertigstellung entgegen geht. Deswegen sollte mindestens die Ausstattung der Klassenräume zeitlich nahe zur Fertigstellung neu betrachtet und auf ihre zeitgemäße Funktionalität hin geprüft werden.

Frau Nessler-Komp, CDU-Fraktion, betont der Antrag sehe vor, dass es dadurch nicht zu Verzögerungen kommen darf.

Herr Philippi, SPD-Fraktion, kann dem Antrag zustimmen, obwohl es sich um eine Selbstverständlichkeit handelt.

Frau Dr. Klein stellt fest, dass das bereits jetzt von der Verwaltung beachtet wird; allerdings unter der Prämisse, dass es dadurch nicht zu zeitlichen Verzögerungen kommt. Sie vermutet eine Bezugnahme auf den Erweiterungsbau des Humboldt-Gymnasiums. Dieser sei 2007 beschlossen worden; die Fertigstellung ist für Anfang 2019 angekündigt. Es ist klar, dass in solchen Zeiträumen Veränderungen auftreten. Die Verwaltung plant jedoch aus gutem Grund nicht mehr um, da dringend auf den Zeitplan geachtet werden muss.

Sie bittet zu beachten, dass im laufenden Prozess vorangeschritten werden muss. Sie verweist darauf, dass der Schulausschuss aufgrund des Platzmangels an den Schulen in den Jahren 2008 und 2009 beispielsweise Zügigkeitserweiterungen an Gymnasien in Umfang von etwa 3 Gymnasien beschlossen hat. Sie warnt davor, weitere Schleifen im Prozess zu drehen, was zulasten anderer Schulbauten gehen könnte. Wo immer es geht, werde aber das Anliegen der Antragsteller berücksichtigt.

Auf einen Einwand von Frau Ruffen stellt Frau Halberstadt-Kausch, SPD-Fraktion, klar, dass die beantragte Prüfung der technischen Ausstattung viel mehr umfassen kann, als nur kleinere Veränderungen. Sie bittet dazu die Gebäudewirtschaft um Stellungnahme.

Herr Gerhards, Gebäudewirtschaft, nimmt Stellung zu den Fragen und erläutert das neue Vorgehen der Gebäudewirtschaft zur Straffung von Planung und Bau, um solch lange Verfahren wie das gerade genannte Beispiel zu vermeiden. An kleineren Maßnahmen werde es jedoch nicht scheitern.

Herr Thelen, Bündnis 90/Die Grünen greift die Bedenken von Frau Halberstadt-Kausch auf und schlägt vor, den letzten Halbsatz des Antrages deutlicher zu formulieren. Der Ausschuss verständigt sich für den letzten Satz auf die Formulierung „Es darf jedoch zu keinen Verzögerungen im Bauablauf kommen“.

Herr Dr. Schlieben stellt den so geänderten Beschlussvorschlag zur Abstimmung.

**Geänderter Beschluss:**

Die Verwaltung wird beauftragt, bei Baubeginn eines Schulneubaus die Raumbücher in Bezug auf technische Ausstattung und deren Aktualität zu prüfen. Sofern die geplante Ausstattung nicht mehr dem Stand der Technik bzw. den heutigen Anforderungen an Schulen entspricht ist diese anzupassen. **Es darf jedoch zu keinen Verzögerungen im Bauablauf kommen.**

**Abstimmungsergebnis:**

einstimmig angenommen.

**2.5 Einrichtung einer Kölner Gesamtschule am Standort Elsa- Brändström-Realschule in Köln- Sülz  
AN/0348/2018**

Herr Dr. Schlieben weist darauf hin, dass unter TOP 3.1.1 eine Mitteilung der Verwaltung vorliegt; diese ruft er zusammen mit diesem Tagesordnungspunkt auf. Inhaltlich stellt er fest, dass sich der Ausschuss schon längere Zeit mit dem Thema befasst und mehrere Termine in der Sache wahrgenommen hat. Damit sind die möglichen Optionen bekannt; es geht nun darum zu entscheiden, was daraus gemacht werden soll.

Herr Thelen, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, stellt 2 Ergänzungen zu dem Dringlichkeitsantrag vor. Zum einen sollen hinter den Worten „Varianten zu prüfen“ in Klammern die Worte „beispielsweise ob die Oberstufe das freiwerdende Gebäude Lotharstraße nutzen kann“ eingefügt werden. Zusätzlich soll am Ende des 1. Absatzes ein weiterer Satz angefügt werden „Die Verwaltung soll versuchen, das Grundstück Friedrich-Engels-Straße 1-7 zu erwerben“.

Die jetzigen Anmeldewünsche für die Gesamtschulen von insgesamt rd. 3000 Kindern, von denen knapp 1000 ihren Wunsch nicht erfüllt bekommen haben, zeigt, dass die Stadt Köln versuchen muss, weitere Gesamtschulen zu errichten.

Frau Nessler-Komp, CDU-Fraktion, erläutert, dass genau dies der Anlass für die Antragstellung war. Es soll damit erreicht werden, alle Möglichkeiten zur Einrichtung einer Gesamtschule auszuloten. Sie zitiert aus einem aktuellen Artikel des Kölner Stadtanzeigers, wonach die Regierungspräsidentin bereit sei, auch vertikalen Teilungen zuzustimmen.

Frau Ruffen, sachkundige Bürgerin (FDP), erinnert an ihre Wortmeldung aus der vergangenen Sitzung, wo sie eine vertikale Teilung angesprochen habe; dies aber seinerzeit als nicht möglich beurteilt wurde.

Frau Dr. Klein bestätigt, dass die Bezirksregierung bislang in einem Fall an einer Kölner Gesamtschule eine solche vertikale Teilung genehmigt habe und begrüßt als Verwaltung die Tatsache, dass die Regierungspräsidentin bei dieser Frage offensichtlich mehr Spielraum als bisher sieht. 960 abgelehnte Anmeldungen zeigen nochmals sehr deutlich die Bedarfsfrage neuer Gesamtschulen auf. Es scheine so zu sein, dass bisherige Schwierigkeiten nun neue Möglichkeiten eröffnen.

Ergänzend weist sie darauf hin, dass das Gebäude Lotharstraße zur Zeit von Schiller-Gymnasium und Elisabeth-von-Thüringen-Gymnasium genutzt werde; darüber hinaus werden diese Räumlichkeiten voraussichtlich noch für weitere Bedarfe benötigt, wie beispielsweise G 9.

Herr Philippi, SPD-Fraktion, betont, dass sich alle Fraktionen darüber einig waren, hier eine Gesamtschule einzurichten. Leider lässt sich baulich eine vierzügige Gesamtschule dort nicht realisieren. Angesichts der aktuellen Zahlen müsse anders gehandelt werden. In diesem Zusammenhang möchte er hinterfragen, ob eine Schulkonferenz

einer Realschule solch eine Notwendigkeit aufhalten könne. Herr Kockerbeck, Fraktion Die Linke, schlägt vor, die Bildung einer Dependance nur nachrangig zu prüfen. Mit der Theodor-Heuss-Realschule sollte diskutiert werden, ob es eine bessere Lösung geben kann. Seine Fraktion wird dem Antrag zustimmen.

Frau Ruffen bittet zunächst alle anderen Möglichkeiten zu prüfen. In diesem Zusammenhang weist sie darauf hin, dass Haupt- und Realschulen weiter gebraucht würden. Denn spätestens in der 7. Klasse würden sie mehr Schüler haben.

Herr Dr. Schlieben fasst die Diskussion zusammen. Der Ausschuss bittet die Verwaltung, möglichst schon zur nächsten Sitzung des Ausschusses eine Beschlussvorlage vorzulegen; die Darstellung von Alternativen wird ausdrücklich gewünscht. Dargestellt werden soll, ob eine 4-Zügigkeit möglich ist oder nicht. Der geäußerte Wille der Schulen solle berücksichtigt werden; er betont, dass dieser Ausschuss mehrfach deutlich gemacht habe, dass es nicht darum geht, Schulformen gegeneinander auszuspielen.

#### **Geänderter Beschluss:**

Der Ausschuss für Schule und Weiterbildung beauftragt die Verwaltung alle notwendigen Schritte und Varianten zu prüfen (**beispielsweise ob die Oberstufe des freiwerdende Gebäude Lotharstraße nutzen kann**), um am Standort der Elsa-Brändström-Realschule in Köln-Sülz entweder eine eigenständige, vierzügige Gesamtschule oder eine Dependance einer bestehenden Kölner Gesamtschule als Sportschule NRW einzurichten. **Die Verwaltung soll versuchen, das Grundstück Friedrich-Engels-Straße 1-7 zu erwerben.**

Die entsprechende Beschlussvorlage ist von der Verwaltung so schnell wie möglich zu erstellen und nach Möglichkeit in der nächsten Sitzung des Ausschusses für Schule und Weiterbildung vorzulegen.

#### **Abstimmungsergebnis:**

einstimmig zugestimmt.

### **2.6 Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion, der Fraktion Die Linke. und der Ratsgruppe BUNT betreffend "Gesamtschule am Standort Schmiedegasse realisieren" AN/0360/2018**

Die Entscheidung über diesen Antrag wurde zu Beginn der Sitzung wegen Beratungsbedarf der CDU-Fraktion vertagt.

Herr Kockerbeck, Fraktion Die Linke, erläutert zum Hintergrund des Antrages, dass durch die Rückkehr zu G9 zusätzliche Räume in Gymnasien benötigt würden. In der Bezirksvertretung Nippes wurde beschlossen, die Planung für eine Gesamtschule am Standort Schmiedegasse nochmals infrage zu stellen. Dies könne zu Verunsicherung in der Elternschaft führen. Die SPD-Fraktion stimmt diesen Ausführungen zu.

Frau Ruffen, sachkundige Bürgerin (FDP), hat die Bezirksregierung Nippes so verstanden, dass diese eine Elternbefragung wünscht.

Herr Thelen, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, unterstützt das Anliegen der Antragsteller grundsätzlich. Bezüglich der im Bezirk gewünschten Elternbefragung stellt sich ihm jedoch die Frage nach der Sinnhaftigkeit. Dies vor dem Hintergrund, dass für die Realisierung einer zusätzlichen Gesamtschule ein Zeitrahmen von 8 Jahren genannt worden ist. Zum jetzigen Zeitpunkt eine Elternbefragung durchzuführen, scheint da nicht

zielführend zu sein. Im Übrigen stellt er fest, es sei unstrittig, dass in Köln ein Bedarf an weiteren Gesamtschulplätzen besteht.

Frau Dr. Klein berichtet, dass sie auf die zügige Aufstellung des Bebauungsplanes drängt und ebenso, Planung und Bau der neuen Schule zu straffen. Sie räumt ein, auch die Verwaltung sei durch die hohe Zahl der Anmeldungen überrascht gewesen. Zum Schuljahr 2018/19 gehen erstmals gleich 2 neue Gesamtschulen mit insgesamt 10 Zügen und 270 Schülerplätzen an den Start. Das hat es in Köln bislang noch nicht gegeben. Unter dem Strich mussten trotzdem noch mehr Schulwünsche als im Vorjahr abgelehnt werden.

Eine Elternbefragung zum jetzigen Zeitpunkt ergibt aus Verwaltungssicht keinen Sinn. Vielmehr wird die vorhandene Verwaltungskapazität eingesetzt, um zusätzliche Plätze zu schaffen. Die Elternbefragungen der Jahre 2009 und 2012 zeigen zudem eine klare Zielrichtung auf. Der Elternwunsch zielt auf Gesamtschulen und Gymnasien ab.

Herr Dr. Schlieben würde es begrüßen, wenn die Bezirksvertreter in den Diskussionsprozess für die Entscheidungsfindung einbezogen werden, sodass im Schulausschuss eine möglichst einvernehmliche Entscheidung getroffen werden kann.

Herr Pfeuffer entgegnet auf die Frage von Herrn Dr. Schlieben, dass die Verwaltung die Bezirksfraktionen parallel zum Eingang dieses Antrages umfassend informiert hatte. Dies sei in deren Beratung aufgegriffen worden, denn die Bezirksvertretung hat neben der möglichen Elternbefragung auch vorgeschlagen, die Verwaltung möge alternativ durch andere geeignete Maßnahmen, wie beispielsweise eine Analyse der Anmeldezahlen darlegen, welches Vorgehen angeraten sei. Die Verwaltung beabsichtigt, die entsprechenden Prüfergebnisse parallel an die Bezirksvertretung und den Schulausschuss zu geben.

Herr Kockerbeck bezweifelt, dass eine Elternbefragung nur für einen Stadtbezirk sinnvoll sei, weil es in Köln auch bezirksübergreifende Schülerströme gebe. In der Schulentwicklungsplanung habe die Verwaltung selber eine Elternbefragung für ganz Köln angekündigt. Dazu würde er erfahren wollen, wann das geplant ist.

Frau Dr. Klein entgegnet, dass sie keinen Zeithorizont für eine solche Befragung nennen kann. Grund ist, dass aktuell alle Kräfte darauf konzentriert werden, zusätzliche Raumkapazitäten zu schaffen. Dies könne man daran erkennen, dass zum Sommer mit der Gesamtschule Wasseramselweg, der Gesamtschule Helios und dem Gymnasium in Widdersdorf drei neue Schulen an den Start gehen. Dies und weitere Bemühungen zur Erschließung von Schulraum, wie der Abschluss einer Kooperationsvereinbarung mit Pulheim und Gespräche mit den Berufskollegs, binden sämtliche Kapazität der Verwaltung.

Herr Dr. Schlieben dankt für die dargelegten Argumente und schlägt vor, dies innerhalb der Fraktionen und mit dem Stadtbezirk Nippes zu erörtern.

### **Beschluss:**

Der Ausschuss für Schule und Weiterbildung hält an der Planung fest, am Standort Schmiedegasse in Köln-Nippes eine Gesamtschule zu realisieren.

### **Abstimmungsergebnis:**

Zurückgestellt zur nächsten Sitzung.



### **3 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen**

#### **3.1 Frühere Anfragen**

##### **3.1.1 Errichtung einer vierzügigen Gesamtschule auf dem Gelände der Elsa-Brändström-Realschule in Lindenthal 0244/2018**

Dieser Tagesordnungspunkt wurde bereits im Zusammenhang mit dem Antrag unter TOP 2.5 behandelt.

##### **3.1.2 Sanierung und Qualitätsanalyse an Kölner Schulen AN/1725/2017**

###### **Sanierung und Qualitätsanalyse an Kölner Schulen - Beantwortung einer Anfrage der Gruppe BUNT (AN/1725/2017) vom 22.11.2017 zur Sitzung am 27.11.2017 0315/2018**

Herr Brust, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, ist erstaunt darüber, dass jetzt schon wieder Schultoiletten saniert werden müssten, die erst nach 2009 hergerichtet worden seien. Er fordert die Verwaltung deswegen dringend auf, vor der Sanierung von Schultoiletten von den Schulen entsprechende Konzepte zum Betrieb der Toilettenanlagen zu fordern.

Herr Pannes, sachkundiger Einwohner (Die Linke), bezieht sich auf die letzte Antwort, wonach mittlerweile 235 Containereinheiten an den Kölner Schulen stehen. Er ist sehr erstaunt darüber, dass der Verwaltung Zusammenhänge zwischen der Qualität des Unterrichts und den Schulcontainern und deren Zustand nicht bekannt sind. Herr Goss, Stadtschulpflegschaft, bittet bei der Diskussion über die Sanierung von Schultoiletten zu berücksichtigen, dass diese mittlerweile sehr viel stärker frequentiert würden. Die hier angeklungene einseitige Schuldzuweisung findet er nicht korrekt.

Herr Philippi, SPD-Fraktion, zeigt sich ebenfalls sehr erstaunt darüber, dass Toiletten bereits nach 8 oder 9 Jahren der Nutzung schon wieder sanierungsbedürftig seien. Falls dies aber zutreffend sein sollte, müsse erneut über den SPD-Antrag zur Toilettenreinigung diskutiert werden.

Herr Gerhards, Gebäudewirtschaft, berichtet, dass nach der letzten Schulausschusssitzung innerhalb der Gebäudewirtschaft darüber intensiv diskutiert wurde und auch einige Schulen besichtigt wurden. In der Tat sei es so, dass viele sanierte Toilettenanlagen tatsächlich in keinem guten Zustand sind.

Herr Dr. Schlieben fasst die Diskussion so zusammen, dass alle Fraktionen noch Diskussionsbedarf zu den Schultoiletten haben auch im Hinblick auf die bereitstehenden Gelder. Es muss überlegt werden, wie eine passende Lösung aussehen könnte.

Herr Thelen, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, hält es für richtig, dass die Schulen solche Bewirtschaftungskonzepte vorlegen müssten. Günstig wäre es, wenn die Verwaltung gute Beispiele kommunizieren würde.

Frau Heuer bemerkt dazu, dass die Schulverwaltung über kein Personal verfügt, welches sich dieser Toilettenkonzepte annehmen könnte. Auch bei den Zentralen Diensten gibt es lediglich eine einzige Person, die im Rahmen ihrer jährlich Begehungen mit den Schulen auch dieses Thema mitzubearbeiten hat.

Zu mehreren Bemerkungen hinsichtlich der Ausstattung der Toiletten durch die Hausmeister stellt Frau Heuer weiter klar, dass der Schulleiter gegenüber dem Hausmeister Weisungsbefugnis habe. Im Übrigen stehen solche Reparaturen expressis verbis in der Hausmeisterdienstleistungsvereinbarung.

Die Beantwortung dieser Anfrage wird zur Kenntnis genommen.

### **3.1.3 Impfschutz in Köln AN/0080/2018**

**Beantwortung einer Anfrage der Ratsgruppe BUNT gem. § 4 der Geschäftsordnung des Rates zum Impfschutz in Köln  
0405/2018**

Die Beantwortung dieser Anfrage wird zur Kenntnis genommen.

### **3.1.4 Kernsanierung der Heinrich-Böll-Gesamtschule AN/0075/2018**

Die Beantwortung dieser Anfrage wird zur Kenntnis genommen.

**Kernsanierung der Heinrich-Böll-Gesamtschule Merianstraße 11 - zu  
AN/0075/2018  
0653/2018**

Die Beantwortung dieser Anfrage wird zur Kenntnis genommen.

## **3.2 Neue Anfragen**

### **3.2.1 Ganztagsangebot AN/0254/2018**

Es liegt noch keine Antwort vor.

### **3.2.2 Anmeldezahlen Grundschulen AN/0257/2018**

Es liegt noch keine Antwort vor.

### **3.2.3 Digitale Bildung braucht Bandbreite und WLAN - Sachstand 2018 AN/0305/2018**

Es liegt noch keine Antwort vor.

#### **4 Vorlagen der Verwaltung**

##### **4.1 Generalinstandsetzung BK 14 Berufskolleg Perlengraben 101. 50676 Köln, Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen des Teilfinanzplans 0301 bei Finanzstelle 4016-0301-1-5003 0178/2018**

###### **Beschluss:**

Der Finanzausschuss beschließt im Haushaltsjahr 2018 eine Mittelfreigabe in Höhe von 994.000,00 € im Teilfinanzplan 0301, Schulträgeraufgaben, in Teilplanzeile 9, Auszahlung für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen bei Finanzstelle 4016-0301-1-5003 für die Einrichtung der Orthopädiotechnikfachräume, sowie die sonstige Ausstattung mit Schulmöbeln.

###### **Abstimmungsergebnis:**

einstimmig zugestimmt.

##### **4.2 Errichtung eines Bildungsgangs Kaufmann / Kauffrau für E-Commerce am Erich-Gutenberg-Berufskolleg (BK 7) 0487/2018**

###### **Beschluss:**

Der Rat beschließt gemäß § 81 Abs. 2 Schulgesetz NRW (SchulG) die Errichtung des Bildungsgangs

Kaufmann / Kauffrau für E-Commerce

Gemäß Ausbildung- und Prüfungsordnung Berufskolleg (APO-BK), Anlage A am Erich-Gutenberg-Berufskolleg, Modemannstraße 25, 51065 Köln (BK 7) zum Schuljahr 2018/19.

###### **Abstimmungsergebnis:**

einstimmig zugestimmt.

##### **4.3 Errichtung eines Bildungsgangs Zweijährige Berufsfachschule / FHR Anlage C / Gesundheit und Soziales am Berufskolleg Ehrenfeld (BK20) 0152/2018**

###### **Beschluss:**

Der Rat beschließt gemäß § 81 Abs. 2 Schulgesetz NRW (SchulG) die Errichtung des Bildungsgangs

Zweijährige Berufsfachschule / FHR Anlage C /Gesundheit und Soziales

als Ersatz für den bestehenden Bildungsgang Fachoberschule / FHR / Erziehung und Soziales

am Berufskolleg Ehrenfeld, Weinsbergstraße 72, 50823 Köln (BK 20) zum Schuljahr 2018/19.

### **Abstimmungsergebnis:**

einstimmig zugestimmt.

#### **4.4 Planungsaufnahme zur Errichtung eines Erweiterungsbaus für die Michael-Ende-Schule, KGS Platenstr. 7-9, 50825 Köln-Ehrenfeld 2371/2017**

Herr Dr. Schlieben ist erfreut über diese Beschlussvorlage und stellt fest, dass über diese Schulbaumaßnahme viel diskutiert wurde, auch in der Presse.

Frau Nessler-Komp, CDU-Fraktion, fragt nach dem vorgesehenen Realisierungszeitraum.

Frau Kessing, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, fragt nach dem Grund der Anordnung der Stellplätze innerhalb eines Gebäudes auf dem Schulgrundstück.

Herr Kockerbeck, Fraktion Die Linken, bittet um Auskunft, ob die Errichtung einer Gymnastikhalle anstelle einer Turnhalle so mit der Schule abgestimmt sei. Herr Gräbener bejaht dies.

Frau Ruffen, FDP-Fraktion, wundert sich über die Formulierung, dass die Gebäudewirtschaft diese Maßnahme nicht im Bereich der Projektleitung begleiten könne, sondern hier eine Eigenplanung vornimmt und bittet dazu um Erläuterung.

Herr Gerhards, Gebäudewirtschaft, erläutert, dass alle Großprojekte mit einem eigenen Projektleiter umgesetzt werden. Diese kleinere Maßnahme hingegen werde unmittelbar in seinem Team bearbeitet. Zum Zeitbedarf führt er aus, dass die Gebäudewirtschaft nun mit der Planung beginnt. Er hofft, noch im laufenden Kalenderjahr die Maßnahme ausschreiben zu können. Es sollte in diesem Fall möglich sein, mit der Realisierung unter einem Zeitbedarf von 5 Jahren zu bleiben.

Herr Gräbener erläutert auf eine Frage von Herrn Kockerbeck, warum überhaupt auf dem kleinen Schulgrundstück Parkplätze angeordnet werden, dass dies nach der Bauordnung NRW notwendige Stellplätze sind, die für die Baugenehmigung nachgewiesen werden müssen.

Zur Nachfrage nach der Gymnastikhalle führt er aus, dass in einer solchen Halle auch Sport getrieben werden kann. Allerdings kann wegen des Zuschnitts und der Enge des Grundstückes dort keine reguläre Turnhalle gebaut werden. Dies ist mit der Schule selbst verständlich abgestimmt worden; sie ist damit einverstanden.

### **Beschluss:**

Der Rat der Stadt Köln beschließt die Planungsaufnahme (bis einschließlich Leistungsphase 3 HOAI) zur Errichtung einer Erweiterungsbaus für die Michael-Ende-Schule, KGS Platenstraße, auf dem Schulgelände Platenstr. 7-9, 50825 Köln nach gesicherter Finanzierung.

Der Erweiterungsbaus umfasst eine Gymnastikhalle, einen Musikraum und eine Toilettenanlage.

Die Verwaltung wird beauftragt, unverzüglich die Planung und Kostenermittlung aufzunehmen und voranzutreiben.

Der Planung ist das in der Anlage aufgeführte Raumprogramm zu Grunde zu legen (Anlage 1). Entwurfs- und konstruktionsbedingte Abweichungen sind zulässig.

Die Planungskosten bis einschließlich Leistungsphase 3 HOAI belaufen sich nach vorläufiger Kostenannahme auf rund 200.000 EUR. Die aus dem städtischen Haushalt zu finanzierenden Planungskosten sind im Haushaltsjahr 2018 im Teilergebnisplan 0301, Schulträgeraufgaben veranschlagt.

**Nur Abstimmungsergebnis:**

einstimmig zugestimmt.

**4.5 Zügigkeitserhöhung für den Bildungsgang "Verwaltungsfachangestellte/r Kommunalverwaltung" am Berufskolleg an der Lindenstraße (BK 3) 0498/2018**

**Beschluss:**

Der Rat beschließt gem. § 81 Abs. 2 Schulgesetz NRW (SchulG) die Zügigkeit des Bildungsgangs

Verwaltungsfachangestellte/r Kommunalverwaltung

am Berufskolleg an der Lindenstraße, Lindenstr. 78, 50674 Köln (BK 3) zum Schuljahr 2018/19 um einen Zug von 4 auf 5 Züge zu erhöhen.

**Abstimmungsergebnis:**

einstimmig zugestimmt.

**4.6 Erweiterungsbau Albertus-Magnus-Gymnasium, Ottostraße 87, 50823 Köln; Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen des Teilfinanzplanes 0301, Schulträgeraufgaben, in Teilplanzeile 9, Auszahlung für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen bei Finanzstelle 4013-0301-4-3086 0157/2018**

**Beschluss:**

Der Finanzausschuss beschließt im Haushaltsjahr 2018 eine Mittelfreigabe in Höhe von 589.100 € im Teilfinanzplan 0301, Schulträgeraufgaben, in Teilplanzeile 9, Auszahlung für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen bei Finanzstelle 4013-0301-4-3086 für die Einrichtung des Erweiterungsbaus Albertus-Magnus-Gymnasium, Ottostraße 87, 50823 Köln.

**Abstimmungsergebnis:**

einstimmig zugestimmt.

**4.7 Realschule Gravenreuthstr. 10, 50823 Köln, Einrichtung des Ganztagerweiterungsbaus; Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen des Teilfinanzplans 0301 bei Finanzstelle 4012-0301-4-3005 0200/2018**

**Beschluss:**

Der Finanzausschuss beschließt im Haushaltsjahr 2018 eine Mittelfreigabe in Höhe von 321.900,00 € im Teilfinanzplan 0301, Schulträgeraufgaben, in Teilplanzeile 9, Auszahlung für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen bei Finanzstelle 4013-0301-4-30 05 für die Einrichtung des Ganztageserweiterungsbaues an der Realschule Gravenreuthstraße 10, 50823 Köln.

**Abstimmungsergebnis:**

einstimmig zugestimmt.

**4.8 Weiterfinanzierung der Rucksackgruppen aus dem Programm "Mülheim 2020"  
0485/2018**

Herr Thelen, Bündnis 90/Die Grünen, betont, dass das Rucksack-Projekt sehr sinnvoll sei. Die weitere Finanzierung scheint jedoch nicht gesichert zu sein. Deswegen schlägt seine Fraktion eine Ergänzung des Beschlussvorschlages vor. Am Ende des Beschlussvorschlages soll ein weiterer Satz angehängt werden „Der Ausschuss für Schule und Weiterbildung fordert die Verwaltung auf, eine dauerhafte, nachhaltige und verlässliche Finanzierung zu entwickeln und damit das Projekt „Rucksack“ für die Gruppen aus dem Programmgebiet Mülheim 2020 zu sichern.“

Herr Dr. Schlieben sieht die Notwendigkeit, die Ergänzung bis zur Sitzung des Finanzausschusses am 19. März zu klären. Frau Halberstadt-Kausch, SPD-Fraktion, unterstützt, die Anregung in dieser Form an die Verwaltung zu geben.

Herr Dr. Schlieben bittet alle Mitglieder des Schulausschusses, dieses mit ihren Kollegen aus dem Finanzausschuss zu erörtern. Er stellt den so geänderten Beschlussvorschlag zur Abstimmung.

**Geänderter Beschlussvorschlag:**

Der Finanzausschuss beschließt,

das Projekt „Rucksack“ in Kita und Grundschule für die Gruppen aus dem Programmgebiet Mülheim 2020 ab 01.01.2018 zunächst befristet bis 31.12.2018 weiter zu führen.

Die notwendigen Haushaltsmittel in Höhe von 50.000 € werden aus der Sonderauskehrung des LVR gemäß Ratsbeschluss vom 07.11.2017 im Teilergebnisplan 0504, Freiwillige Sozialleistungen und Diversity, Teilplanzeile 13, Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen, bereitgestellt.

**Der Ausschuss für Schule und Weiterbildung fordert die Verwaltung auf, eine dauerhafte, nachhaltige und verlässliche Finanzierung zu entwickeln und damit das Projekt „Rucksack“ für die Gruppen aus dem Programmgebiet Mülheim 2020 zu sichern.**

**Abstimmungsergebnis:**

einstimmig zugestimmt.

**5 Mitteilungen**

**5.1 Sachstand zur Inventarisierung an Schulen  
0222/2018**

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

**5.2 Erweiterung des Toilettensanierungsprogramms für Schulen - Beschluss des Betriebsausschusses Gebäudewirtschaft vom 29.01.2018 0366/2018**

Herr Dr. Schlieben stellt fest, dass hiermit eine Beschlussfassung aus dem Betriebsausschuss Gebäudewirtschaft wiedergegeben wird, wie man sich die Umsetzung vorstellt.

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

**5.3 Ehrenamtspreis "KölnEngagiert 2018" 0235/2018**

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

**5.4 Handlungskonzept zur Kölner Behindertenpolitik, 2. Folgebericht Controlling der Umsetzung der Einzelmaßnahmen 0224/2018**

Herr Thelen, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, findet in diesem Folgebericht erfreulich, dass die Maßnahmen aus dem 1. Inklusionsplan umgesetzt werden. Unter Ziffer 1.11 der Aufstellung findet sich ein Hinweis, dass noch eine Zwischenbilanz vorgelegt werden soll. Er schlägt vor, diese abzuwarten, um dann ggf. die erforderlichen Schlüsse zu ziehen.

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

**5.5 Sachstandsbericht zur Umsetzung des Landesförderprogramms "Gute Schule 2020" für das Jahr 2017 0423/2018**

Herr Dr. Schlieben stellt fest, dass die Verwaltung alle für Köln bereitgestellten Mittel abrufen können.

Herr Philippi, SPD-Fraktion, schließt sich dieser positiven Einschätzung an. Er unterstützt den Ansatz, Schulen in benachteiligten Stadtteilen verstärkt zu berücksichtigen. Ihm stellt sich die Frage, ob einige Schulen noch eine gewisse Unterstützung bei der Antragstellung benötigen.

Frau Heuer berichtet, dass alle Schulen informiert sind; Unterschiede gebe es nur bei der Anforderung der Mittel. Diesbezüglich spricht die Verwaltung die Schulen gezielt an und berät sie. Frau Heuer betont, dass mithilfe dieses Programmes im Bereich der Schulhofgestaltung viel mehr erreicht werden konnte, als dies bisher möglich gewesen ist. Es können auch weiterhin Anträge durch die Schulen gestellt werden.

Herr Thelen, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, äußert sich sehr positiv über die erfolgreiche Umsetzung des Landesförderprogramms.

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

#### **5.6 Reinigung in Schulen verbessern 0560/2018**

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

#### **5.7 Anmeldeverfahren für Gesamtschulen abgeschlossen. 0657/2018**

Herr Dr. Schlieben bittet die Verwaltung, dem Ausschuss separat die Anmeldungen und Ablehnungen an den einzelnen Gesamtschulen aufzulisten. Dies werde für die weitere Schulentwicklungsplanung gebraucht.

Frau Dr. Klein wird dies gerne aufgreifen, schlägt jedoch vor, die noch laufenden Anmeldeverfahren abzuwarten und danach dem Ausschuss eine Gesamtschau der Anmeldungen für alle weiterführenden Schulen vorzulegen. Die Bescheide für die Gymnasien werden am 16. April versandt. Zum Trend bemerkt sie, dass die Verwaltung zwar eine höhere Anmeldezahl erwartet hat, jedoch von dieser Steigerung etwas überrascht ist. Es habe quasi einen Beliebtheitssprung bei den Gesamtschulanmeldungen gegeben. Und obwohl 10 Züge zusätzlich bereitgestellt wurden, hat das nicht gereicht. Mit den Standorten in Nippes, Mülheim sowie der Innenstadt und aktuell der Helios-Schule und dem Standort Wasseramselweg sind in den letzten Jahren rund 840 Plätze zusätzlich geschaffen worden. Sie stellt fest, dass der eingeschlagene Weg richtig sei und die Diskussion im Schulausschuss hilfreich für die Verwaltung ist. Hinsichtlich der Realschulen und Hauptschulen verweist Frau Dr. Klein vor dem Hintergrund der sehr knappen Raumressourcen darauf, dass diese Schulen ganz genau betrachtet werden müssen; klar ist aber auch, dass in diesen Schulformen abgeschulte Schülerinnen und Schüler Aufnahme finden müssen, überwiegend ab Klassenstufe 7.

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

### **6 Anfragen**

Herr Thelen, Bündnis 90/Die Grünen, fragt vor dem Hintergrund der bestehenden Probleme bei den Zuweisungen von Kindern, deren Erst- und Zweitwunsch für das Gymnasium nicht realisiert werden konnte, nach Überlegungen der Verwaltung, das Verfahren des letzten Jahres zu verbessern.

Herr Dr. Schlieben ergänzt diese Frage dahingehend, ob zumindest für bestimmte Stadtbezirke Überlegungen angestellt werden, ggf. Mehrklassen für solche Fälle einzurichten.

Frau Dr. Klein erläutert das Vorgehen, wonach man mit der hier federführenden Bezirksregierung Köln schon seit Ende der Sommerferien 2017 im Gespräch steht. Sie verweist dazu auch auf eine frühere Mitteilung zu den vorgesehenen Schritten, um möglichst viele Erst- und Zweitwünsche erfüllen zu können. Darüber wird schon seit dem Herbst 2017 mit den Gymnasien wegen Mehrklassenbildungen gesprochen.

Herr Wirth, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, bemerkt, dass Inklusion bereits an vielen Schulen stattfindet. Dafür sind entsprechende Fachberater in größerer Zahl eingestellt



worden. Er bittet darum, dass diese dem Schulausschuss ihre Arbeit vorstellen mögen.

Herr Dr. Schlieben bittet die anwesende Schulrätin Frau Gatz zu klären, ob und in welcher Form eine entsprechende Information bereits zur Sitzung im April ggf. gegeben werden kann. Frau Gatz nimmt diese Bitte des Ausschusses mit.

Herr Goss, Stadtschulpflegschaft, bittet um Auskunft hinsichtlich der Schulgirokonten, ob es die Möglichkeit zur Bildung von Unterkonten gibt, auf die Gelder für Klassenfahrten eingezahlt werden könnten.

Daneben hat die Stadtschulpflegschaft die Bitte, die Verwaltung möge es ermöglichen, dass sich die Bezirksschülervertretung und die Stadtschulpflegschaft Räume teilen können. Denn bisher stehen im Bezirksamt Lindenthal für die Schülerinnen und Schüler Räume zur Verfügung, die so mehrfach genutzt werden könnten.

Schließlich verweist er auf eine Veranstaltung, wie es sie seinerzeit zu dem Thema Unterbringung von Geflüchteten gegeben hat. Hier hat er den Wunsch, die Verwaltung möge eine öffentliche Veranstaltung in ähnlichem Format organisieren zum Thema „Wege aus dem Schulnotstand“, um so Eltern und Schüler noch besser zu informieren.

## **7      Verschiedenes**

Köln, den 09.04.2018

**Dr. Schlieben**

Vorsitzender

**Klais**

Schriftführer